

Kann eine 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich „die Arbeit gerechter verteilen“ und die Lohnarbeitslosigkeit verringern oder gar beseitigen?

Vorab, um Missverständnissen vorzubeugen:

Bei den folgenden Überlegungen geht es mir nicht darum zu zeigen, dass man bei Aufstellung von Forderungen Rücksicht auf die Verwertungssituation des Kapitals nehmen müsse. Jede „Umverteilung“ zugunsten von LohnarbeiterInnen verschlechtert die Verwertung von Kapital, geht zu Lasten seiner Profitabilität. Das ist selbstverständlich kein Grund, auf Forderungen, die „umverteilen“, zu verzichten! Solange aber kapitalistische Produktionsverhältnisse in Kraft sind, provoziert eine „Umverteilung“ zugunsten der LohnarbeiterInnen Reaktionen des Kapitals. Je einschneidender die „Umverteilungen“ zugunsten der LohnarbeiterInnen sind, desto weitreichender die Konsequenzen. **Solange kapitalistische Produktionsverhältnisse herrschen, wird jeder Erfolg der LohnarbeiterInnen auf einem Gebiet mit Nachteilen auf anderen Gebieten erkauft!** Das war immer so und ist ebenfalls kein Grund, auf Reformforderungen zu verzichten. Man sollte sich allerdings darüber im Klaren sein!

Wenn sich eine Mehrheit von LohnarbeiterInnen findet, die tatsächlich gewillt und in der Lage ist, die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich durchzusetzen, dann halte ich die Erreichung dieses Ziels nicht deshalb für fragwürdig, weil das eine „Überforderung“ des Kapitals wäre. **Mir geht es lediglich darum zu zeigen, dass der Zweck des Personalausgleichs sich selbst ad absurdum führen würde**, weil Lohnarbeitslosigkeit weder verringert noch beseitigt würde. **Wer glaubt, ein voller Personalausgleich bei „radikaler Arbeitszeitverkürzung“ sei auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse möglich, - ohne negative Konsequenzen für „Beschäftigung“ durch Unternehmenspleiten - der glaubt an die Möglichkeit „grenzenlosen Wachstums“.** Aus meiner Sicht würde ein „voller Personalausgleich“ geradezu das Gegenteil von dem bewirken, was er beabsichtigt: eine „gerechtere Verteilung der Arbeit“. Wenn man sich darüber im Klaren ist und das in Kauf nimmt und für sinnvoll hält, dann soll es so sein. **Es ist aus meiner Sicht nicht ok, wenn man meint, mit einer wirklich weitreichenden Arbeitszeitverkürzung bei vollem Personalausgleich, ein planerischer Mittel in der Hand zu haben, um im Kapitalismus wirksam Arbeit zugunsten der LohnarbeiterInnen umzuverteilen.** Eine so weitreichende Arbeitszeitverkürzung, wie es die Durchsetzung einer 30-Stundenwoche für alle wäre, verbunden mit einem tatsächlichen „vollen Personalausgleich“ wäre aus meiner Sicht eine sozialistische Maßnahme, die nur unter Produktionsverhältnissen zu realisieren ist, die auf Gemeineigentum, Selbstverwaltung und Planung basieren.

Doch nun zur Sache:

Zunächst habe ich mal eine kleine Rechnung für ein mittelständisches Unternehmen aufgemacht. Damit es nicht zu kompliziert wird, habe ich eine Ausgangsbasis von 40 Stunden die Woche gewählt, sowie einen einheitlichen (Mindest-)Stundenlohn von 10 Euro. Tatsächlich liegt die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit in Deutschland bei etwas über 38 Stunden und die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit im Schnitt über 41 Stunden. Soweit jedenfalls die mir bekannten Daten.

40-Stundenwoche

Anzahl LohnarbeiterInnen	Stundenlohn	Arbeitsstunden pro Woche	Lohnsumme pro Woche	
100	10 €	4000	40.000 €	

Würden die gleichen 100 Leute 30 Stunden die Woche arbeiten, ohne dass sich ihr Lohn verringert, dann müsste der Stundenlohn auf 13,3 Euro steigen. Das wäre eine beachtliche **Erhöhung des**

Stundenlohn von 33%. Nicht schlecht Herr Specht!

30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich

Anzahl LohnarbeiterInnen	Stundenlohn	Arbeitsstunden pro Woche	Lohnsumme pro Woche	
100	13,3 €	3000	40.000 €	

Soll es einen Personalausgleich geben, um auf die gleiche wöchentliche Stundenzahl wie bei einer 40-Stundenwoche (4000 Arbeitsstunden) zu kommen, dann müsste die Belegschaft um 33 Leute vergrößert werden. Das entspräche einer **Vergrößerung der Belegschaft um ein Drittel**. Auch ein beachtlicher Wert! Selbstverständlich würde sich aber auch die zu zahlende Lohnsumme entsprechend auf 53067 erhöhen. Um das auffangen zu können, müsste der Umsatz entsprechend zulegen.

30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Anzahl LohnarbeiterInnen	Stundenlohn	Arbeitsstunden pro Woche	Lohnsumme pro Woche	
133	13,3 €	4000	53.067	

Damit wäre die Sache aber nicht erledigt, jedenfalls nicht für solche mittelständischen Unternehmen! Die Leute müssen ja nicht nur eingestellt werden, sie müssen auch arbeiten – darauf besteht das Kapital nun mal, weil es Lohn zahlt für den Gebrauch von Arbeitskraft und nicht fürs rumstehen - und das bedarf der Gestaltung und Ausrüstung von Arbeitsplätzen. In den 1980iger Jahren arbeitete ich als Maschinenschlosser in 2 Unternehmen dieser Größenordnung (mechanische Werkstatt einer Flanschenfabrik und eine Maschinenbaufirma). In beiden Fällen war der Platz sehr begrenzt. In der mechanischen Werkstatt war definitiv kein Platz für weitere Bohrautomaten und NC-Drehmaschinen, an denen die Leute arbeiteten. 2-Schichtbetrieb war schon, also hätte es nur 2 Möglichkeiten gegeben: eine 3. Schicht einführen (Hurra, Nachtschicht!) oder das Gebäude erweitern. Das wäre möglich gewesen, da das Grundstück groß genug war. Ohne Einführung einer 3. Schicht wären jedenfalls einige zusätzliche Investitionen auf das Kapital zugekommen. Super! Geld ist ja genug da und endlich gäbe es ordentliche Erweiterungsinvestitionen für mehr Wachstum! Im Maschinenbaubetrieb gab es nur eine (Normal-)Schicht. Hier wäre ebenfalls die Einführung von Schichtbetrieb die wahrscheinlichste Lösung. Die Möglichkeit einer Erweiterung des Gebäudes bestand nicht, weil das Grundstück zu klein war. Da wäre der Kauf eines größeren Grundstücks und der Bau einer neuen Fabrikhalle fällig gewesen. Aber wer gehörig „umfairteilen“ will, der wird auch in solchen zusätzlichen Investitionen keine Problem für das Kapital sehen. Geld ist halt genug da, wie man Land auf, Land ab hört. Die Wertpapiere, in denen es angelegt ist, um sich ganz ohne Produktion zu vermehren, müssen nur verkauft werden, damit es frei wird für segensreiche Kredite an die „Realwirtschaft“ und entsprechende Investitionen.

Jetzt übertrage man das Szenario mal auf die gesamte kapitalistische Wirtschaft in Deutschland und nehme als Ausgangsbasis 30 Millionen Vollzeitbeschäftigte. Der Personalausgleich würde dann 10 Millionen neuer Lohnarbeitsplätze schaffen! Hui!

Wollen die Unternehmen ihren Profit halten, dann müsste sich auch der Umsatz in entsprechender Größenordnung erhöhen. **Das BIP müsste geradezu explodieren!** Und nochmals: Hui! Irgendwelche Probleme in Sicht? Nein, natürlich nicht! Das alles ließe sich ja realisieren durch die gesamtgesellschaftlich gewachsene Lohnsumme und die Wirkung der „Endnachfrage“! Versprochen!

Wie gesagt: es geht hier nicht darum, das „UmFairteilen“ in Frage zu stellen, weil das Kapital

dadurch zu sehr geschädigt würde. Es geht um den Wunderglauben, von mehr Beschäftigung durch vollen Personalausgleich, „guter“ (Lohn-)Arbeit bei höheren Löhnen und geringerer Arbeitszeit für alle in Kapitalismus!

Sollten sich doch unerwartete Resultate einstellen, die „Pleitenflut“ neue Rekordstände erreichen, dann verkürzt man die wöchentliche Arbeitszeit einfach weiter: auf 20 Stunden, selbstverständlich mit vollem Lohn- und Personalausgleich, damit ein neuer Wachstumsschub an Beschäftigung und Umsatz ausgelöst wird.

Wer der Sache nicht so recht traut, der lese nach bei Karl Marx im Kapital. Hier wird er einige Argumente finden, warum solche „UmFairteilung“ im Kapitalismus zu anderen als den gewünschten Konsequenzen führen würde.

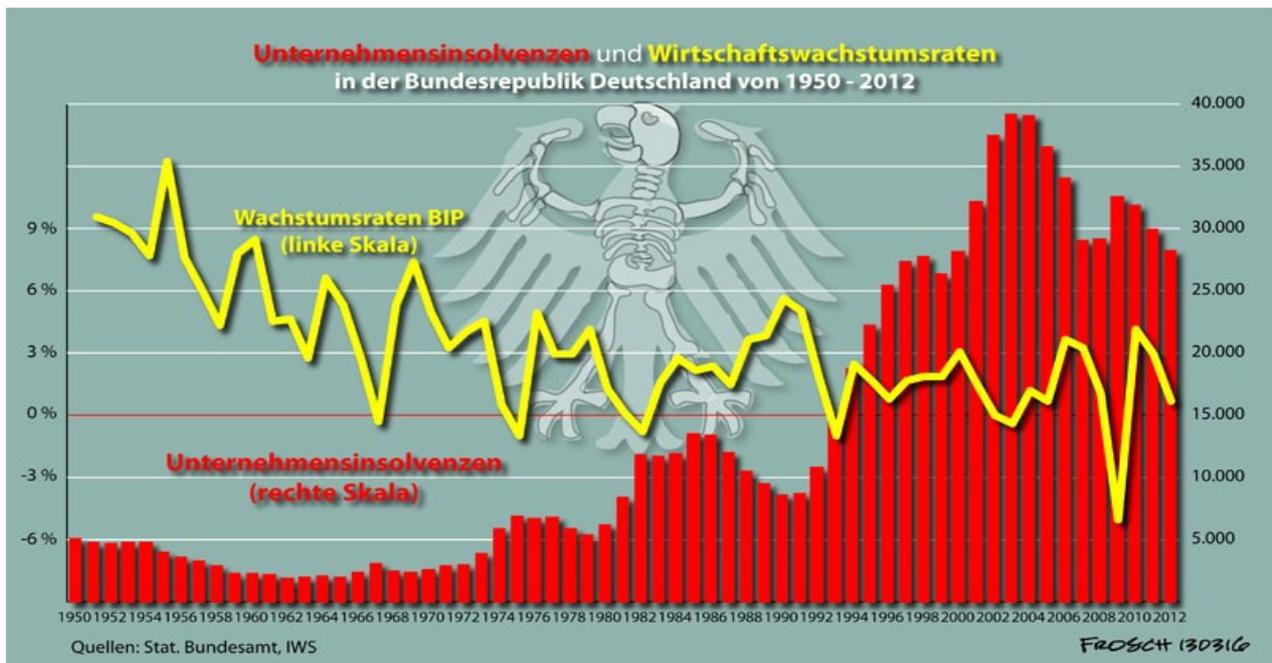
Worum ging es noch eigentlich? Ach ja, „radikale Arbeitszeitverkürzung“! Und warum eigentlich? Damit man Zeit gewinnt, in der man nicht ausgebeutet und die Gesundheit ruiniert wird. Und vor allem: damit man Zeit gewinnt, um die notwendige Produktion auf der Basis von Gemeineigentum und Selbstverwaltung organisieren zu können. Solchen Zwecken galt mal vor langer Zeit die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung.

Daher nochmals: Wer meint **im Kapitalismus** mit der Arbeitszeitverkürzung ein Mittel in der Hand zu haben, um Arbeit planmäßig umzuverteilen („die Arbeit gerechter verteilen“, und gleichzeitig für „ausreichende Löhne“ sorgen), der ist schief gewickelt! Es widerspricht aller Erfahrung: die Arbeit wurde weder „gerechter“ verteilt durch die Einführung der 48-Stundenwoche, noch durch die Einführung der 40-Stundenwoche, noch durch die weiteren Arbeitszeitverkürzungen. **Die Überarbeit der einen und die Arbeitslosigkeit der anderen ist ständiger Begleiter der kapitalistischen Produktionsweise.** Alle mehr oder weniger verschämten Hinweise darauf, dass es ohne diese Arbeitszeitverkürzungen noch schlechter aussähe, sind eine Bankrotterklärung für das, was versprochen war und ist.

In der Vergangenheit gelang es vor allem dann zugunsten der LohnarbeiterInnen „umzuverteilen“, relativ weitreichende Reformforderungen durchzusetzen,

- entweder wenn die kapitalistische Wirtschaft boomte (vom Korea-Boom in den 1950iger Jahren bis zur Weltwirtschaftskrise 1974/1975)
- oder wenn das Kapital sich durch weiterreichende sozialrevolutionäre Bestrebungen bedroht sah (8-Studentag nach der Novemberrevolution etc.)

Die ökonomische Situation heute sieht kurz gesagt so aus:



Wer meint, es gäbe keinen Zusammenhang zwischen niedrigen Wachstumsraten und der hohen Zahl von Pleiten auf der einen Seite und der hohen Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite, wer ferner meint, es gäbe keinen Zusammenhang zwischen ungenügender Profitabilität und der hohen Zahl der Unternehmenspleiten, der darf weiter träumen von einer „gerechten Umverteilung der Arbeit“ durch 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Peter Trotzig
Dezember 2013